



Gemeinderatsitzung Mi, 15.04.2026

Persönliche Erklärung

nach §26 Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Schwetzingen

zu TOP 4 / I. + II.

Bebauungsplan Nr. 98/1 "Schwetzingen Höfe", 1. Änderung hier: Beschluss über die Abwägungsvorschläge der Beteiligungen nach § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB und Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauG

Ich habe **gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung** gestimmt, obwohl ich bei vielen Dingen, die im Beschlussvorschlag stehen, mitgehen kann.

- Ich bin für ein ernsthaftes Zugehen auf Oftersheim in Sachen Verkehr und ich hätte auch gerne FÜR diese Vereinbarung mit Oftersheim gestimmt.
- Ich bin auch offen für eine Weiterentwicklung des zweiten Bauabschnitts im Pfadler-Areal in Richtung Medizinstandort.

Zentrale Aspekte lehne ich jedoch ab:

- a) Einerseits lehne ich die Überschreitungen der Bauhöhen im Pfadler-Areal auf rund 21 Meter aus städtebaulichen Gründen ab. Ein von mir vorgeschlagener Kompromiss, die Quadratmeter-Fläche des betreffenden Gebäudestücks zu erhöhen, um die ursprüngliche Höhe beizubehalten wurde ohne Diskussion abgelehnt, bzw. seitens des Investors ignoriert.
- b) Grundsätzlich bin ich nicht überzeugt, dass hier eine gebotene, bewusste Verkehrsstromlenkung – also eine kommunale Verkehrspolitik – betrieben wird. Auf Basis des vorgelegten Verkehrsgutachtens ordnen der Kreis und die Anrainerkommunen das Vorgehen als unzureichend ein und fordern Maßnahmen an der Stelle am Südtangenten-Kreisel, die aber gerade nicht geplant sind.

Das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis sieht „Zweifel an den Verteilerquoten, da aus unserer Sicht *defacto an unseren Knotenpunkten weitaus mehr zusätzliche Verkehre generiert werden. Die Leistungsfähigkeitsberechnung ist der aktuellen Verkehrsuntersuchung nicht zu entnehmen, es werden lediglich die Ergebnisse dargelegt, woraus nicht die jeweiligen Entwicklungen in den bereits aktuell überlasteten Spitzenstunden hervorgehen.*“ (siehe Synopse, S. 6-9)

Die Gemeinde Plankstadt benennt „gutachterliche Kniffe und Berechnungen, die sich in der Realität bereits heute abweichend darstellen. Beispielsweise bildet der Idealzustand eines Normalwerktages komplexe Verkehrslagen wie Umleitungen, Baustellen, Schulverkehr, Störungen oder besondere Patientenfrequenzen nicht ab — obwohl diese im realen Betrieb bereits aktuell maßgeblich auftreten. (...) (siehe Synopse, S. 13-22)



Stellungnahme im Anhörungsverfahren zum Kiesabbau im Entenpfuhl

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD in der ganzen Region hat zur „Auskiesung des Entenpfuhls“ seit jeher eine klare Haltung, die auch in der Verwaltungsvorlage zu finden ist und die sich in vier Buchstaben zusammenfassen lässt:

N E I N

Bereits 2019 haben alle zehn SPD-Ortsvereine im Mittelzentrum Schwetzingen/Hockenheim eine Resolution verabschiedet, darin heißt es z.B.: *„Nach dem Landesentwicklungsplan ist [...] eine ausreichende Versorgung mit Trink- und Nutzwasser sicherzustellen. [Für die Auskiesung] [n]utzungswürdige Vorkommen sind (...) sparsam zu bewirtschaften, Trinkwassereinzugsgebiete großräumig zu schützen und für die Versorgung geeignete ortsnahe Vorkommen vorrangig zu nutzen.“*

Von sparsamer Bewirtschaftung kann bei 42 Hektar im Entenpfuhl aber keine Rede sein!

Ein Schwerpunkt liegt für uns auf dem Schutzgut Wald: In einer Zeit, in der Klimafragen endlich in der Mitte der politischen Debatte angekommen sind und jedem klar ist, worum es geht, kann man doch nicht erwarten, dass irgendjemand zustimmt, 42 Hektar Wald zu roden, um Kies abzubauen – außer das Land Baden-Württemberg. Denn da es sich um Staatswald handelt, ist hier das Land auch als Eigentümerin in der Verantwortung.

Daher muss man jetzt auch mal Ross und Reiter nennen, denn hier in dem 20.000-Einwohner-Ort Schwetzingen kulminieren in wahrlich alle Herausforderungen dieser Zeit:

- | | |
|----------------------------------|---|
| # Verteilstelle für Geflüchtete, | # Reaktivierung der Kaserne und Aufrüstung, |
| # Geothermie, | # Güterzug-Untertunnelung des Stadtgebiets, |
| # Autobahnlärm-Emission, | # Trockenheitsstress und Waldsterben, ... |

Und nun soll die Abholzung von Wald für Betonkies dazukommen.

Gegen diesen Abbau sprechen nicht nur der Schutz von Arten, Klima und Natur, sondern auch die mögliche Verschmutzung unseres Trinkwassers, die Zunahme des Verkehrs und die Überlastung von Verkehrswegen, der Verschleiß der Straßeninfrastruktur durch Betonschlämme und mehr Schwerlastverkehr und damit unterm Strich auch: mehr Kosten für Instandhaltung, die durch alle Bürger gestemmt werden müssen. – Daher nein zur Auskiesung Entenpfuhl. – und ja zur „quasi“ Resolution der Verwaltung.